

# Wahlprüfsteine der Kreisgruppe Augsburg, BUND Naturschutz e. V.

Landtagswahl Bayern am 8. Oktober 2023



Stimmkreis 701 Augsburg-Stadt-Ost		CSU Andreas Jäckel	FDP Karlheinz Faller	Freie Wähler Ferdinand Traub	Bündnis90/Die Grünen Stephanie Schuhknecht	SPD Anna Rasehorn
Mobilität	In welcher Form unterstützen Sie das Volksbegehren Radentscheid?	Das Volksbegehren zum Radentscheid wurde durch den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof für unzulässig erklärt. Dies heißt aber noch lange nicht, dass ich eine Ausweitung der Mobilität per Fahrrad ablehnen. Auf Initiative der Regierungsfractionen wurde im Bayerischen Landtag ein eigener Gesetzesentwurf eingebracht und am 19. Juli 2023 im Landtag verabschiedet. Der Ausbau der Radwege ist damit als gesichert anzusehen, bis 2030 sollen damit zusätzlich 1.500 Kilometer Radwegenetz entstehen und bestehende Lücken grundsätzlich geschlossen werden. Zusätzlich wird damit die Sicherheit des Radverkehrs erhöht und eine kostengünstige Fahrradmitnahme im Schienenpersonenverkehr für 1€ pro Fahrt eingeführt. Damit erhöhen wir die Attraktivität des Fahrrad-fahrens deutlich und schaffen gleichzeitig weitere Voraussetzungen zu unserem Ziel der Mobilitätsfreiheit.	keine Antwort	Die Bayernkoalition hat mit dem Radgesetz wesentliche Punkte des Volksbegehrens aufgegriffen. Dies stellt nach unserem Dafürhalten einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar. Als FREIE WÄHLER wollen wir den Kommunen den Handlungsspielraum geben, den sie benötigen, um für jede Region Bayerns mit ihren unterschiedlichen Lebensbedingungen die passende Lösung zu finden. Dabei müssen die Anreize gesetzt werden, um zukunftsfähige Lösungsstrategien auszuwählen. Hier ist neben einer attraktiven Förderung auch eine inhaltliche Hilfestellung notwendig. So gibt es weltweit verschiedene Konzepte, die zukunftsfähig Lebensqualität sichern können. Ich persönlich bin könnte mir einen Fahrradschnellweg (z.B. München - Garching) bei uns vorstellen, außerdem wünsche ich mir auch mehr Pop-up-Radwege für mehr Sicherheit.	Wir haben an unseren GRÜNEN Infoständen für das Radbegehren geworben, im GRÜNEN Büro in Augsburg lagen die Unterschriftenlisten aus. Auf Veranstaltungen (wie der Augsburger Radwoche) und bei Infoständen habe ich auch persönlich dafür geworben. Im Landtag hatten wir auch schon zuvor unseren eigenen Gesetzentwurf für ein Bayerisches Radgesetz eingebracht, der sehr große Überschneidungen mit dem Text des Radbegehrens hat.	keine Antwort
	Sind Sie für die dauerhafte Einführung eines kostengünstigen ÖPNV-Tickets für Jedermann?	Bayern hat seit der Einführung des Deutschlandtickets ein kostengünstiges Ticket für jedermann. Mit unseren Angeboten für Auszubildende und Studenten ermöglichen wir ab dem Herbst für diese Zielgruppe Mobilität für monatlich 29€. Ich sehe aber die Notwendigkeit, beim ÖPNV weniger die Preisdiskussion zu führen als die Angebotsdebatte. Vom Umsteigen überzeuge ich den Nutzer nicht nur durch den Preis, sondern insbesondere durch ein gutes Angebot.	Keine Antwort	Ich bin überzeugt das dadurch die ganze Region an Attraktivität gewinnt, wenn der ÖPNV ausgebaut und so zu einer echten Alternative zum Individualverkehr wird. Die aktuelle Entwicklung des Deutschlandtickets hat gezeigt, dass hiermit die Bundesregierung den zweiten vor dem ersten Schritt getan hat: Wir halten den staatlich unterstützen Ausbau der Infrastrukturen für die primäre Aufgabe der Verkehrswende. Nur so kann mit einem bezahlbaren Ticket auch ein attraktives Angebot entstehen. Natürlich bedarf es jetzt zusätzlich einer sozialen Komponente des Deutschlandticks für Bedürftige. Ich würde mir zudem wünschen, dass zur Belebung der Augsburger Innenstadt der ÖPNV am Wochenende kostenlos wäre.	Ja. Ich möchte, dass junge Menschen, wie Schüler*innen, Auszubildende und Studierende, zukünftig den ÖPNV kostenlos nutzen können und alle anderen ein günstigeres Deutschlandticket (in unserem Wahlprogramm als Klimaticket bezeichnet) erwerben können.	Keine Antwort

	<p>Unterstützen Sie die Idee einer autofreien Innenstadt Augsburgs?</p>	<p>Ich stehe für ideologiefreie Politik ein. Das heißt für mich, dass jeder grundsätzlich selbst entscheiden muss, wie er welchen Weg zurücklegt. Natürlich gibt es einzelne Straßen oder Wege in der Innenstadt, die für den Autoverkehr als wenig sinnvoll anzusehen sind. Eine komplett autofreie Innenstadt lehne ich jedoch ab. Wenn es im Einzelfall sinnvoll erscheint, die Straße autofrei zu gestalten, stehe ich diesem nicht im Wege.</p>	<p>Keine Antwort</p>	<p>Die Entwicklung in vielen Städten hat in den letzten Jahren gezeigt, dass die Sperrung der Innenstädte für den motorisierten Verkehr zu einer Steigerung der Attraktivität und des Lebensgefühls führen kann. Ob dies in jedem Einzelfall Sinn macht, muss vor Ort entschieden werden. Hier gilt der verfassungsrechtliche Grundsatz der Kommunalen Selbstverantwortung. Hierbei ist neben der Versorgung gerade auch die vorhandene Siedlungsstruktur und infrastrukturelle Erschließung zu beachten. In Augsburg zeigt sich insbesondere beim Verkehrsversuch in der Maxstraße, dass die GRÜNEN ideologisch handeln und die CSU bloßgestellt haben. Außerdem sollten die P+R-Flächen ausgebaut werden, damit eine realistische Möglichkeit besteht das Auto auch außerhalb zu parken. Zudem gilt es mit Augenmaß hinzuschauen, damit wir unsere Wirtschaft nicht gefährden und den SeniorInnen eine andere Möglichkeit anbieten.</p>	<p>Ja. Details müssen hier allerdings durch die Stadt Augsburg, die Stadtregierung und den Stadtrat erfolgen. Mit dem Verkehrsversuch in der Maximilianstraße wurde bereits ein erster Schritt in Richtung autofreier und lebenswerter Innenstadt gegangen.</p>	<p>Keine Antwort</p>
--	-------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------

<p style="text-align: center;"><b>Biodiversität</b></p>	<p>Wie möchte Ihre Partei die Beschlüsse aus dem Volksbegehren „Rettet die Bienen“ konkret in unserer Region umsetzen? Benennen Sie konkrete Beispiele wie die Umsetzung auf allen kommunalen Grünflächen Ihrer Meinung nach realisiert werden soll.</p>	<p>Es gilt nicht nur die Landwirtschaft mit den Vorgaben des Volksbegehrens zu beschäftigen. Vorbildrolle nimmt der Staat ein. Staatliche Flächen müssen vorbildlich im Sinne der Artenvielfalt geführt werden. Ich setze daher darauf, dass die Kommunen Grünstreifen für die Insekten vermehrt stehen lassen und auf den Einsatz spezieller Düngemittel und Pflanzenschutzmittel zur Erleichterung der Pflege gänzlich verzichten.</p>	<p>Keine Antwort</p>	<p>Wir FREIEN WÄHLER haben dafür gesorgt, dass das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ überhaupt umsetzbar wurde, in dem wir mit weiteren Gesetzesänderungen die handwerklichen Fehler ausgebessert haben. Die Umsetzung der Beschlüsse laufen bereits bayernweit, da sie in das bayerische Naturschutzgesetz aufgenommen wurden.</p>	<p>Die Forderungen aus dem Volksbegehren sind ja ganz klar. Dass es an der Umsetzung noch hapert, liegt ja auch an dem Gesetz, das die Söder-Regierung daraus gestrickt hat. Gemäß dem neuen Bayerischen Naturschutzgesetz können die Behörden Stand jetzt nur wenige Verordnungen durchsetzen. Verstöße gelten nicht als Ordnungswidrigkeit und sind nicht einmal mit Bußgeld bewehrt. Auch hat Markus Söder zahlreiche Ausnahmen eingeräumt. Zum Beispiel gilt der Schutz der Streuobstbestände erst ab einer Fläche von 2.500 qm und ab einer Entfernung von 50 Metern zu einem Gebäude. Ich sehe die größten Defizite im Vollzug. In Augsburg gibt es das Projekt Insekten.Vielfalt.Augsburg in Kooperation mit dem Landschaftspflegeverband. Öffentliche Grünflächen werden mit Wildblumen angereichert, die durch Übertragung von Wildblumensamen, die auf Augsburger Naturschutzfläche gewonnen werden. Die Schnittzeitpunkte bei der Grünflächenpflege wurden und werden insektenfreundlich angesetzt, sowie insektenfreundlicher Mähgeräte verwendet. Außerdem wird die Strukturvielfalt auf den Flächen durch Totholz, Stein- und Lehmwände oder Anlage von Sand-, Kies- oder Schotterböden erhöht und auf Pestizide verzichtet.</p>	<p>Keine Antwort</p>
<p style="text-align: center;"><b>Energie</b></p>	<p>Wie möchten Sie den Ausbau von regenerativen Energien in Stadt und Kommune konkret voranbringen?</p>	<p>Regenerative Energien auszubauen ist mein oberstes Ziel. Bayern ist federführend in den Bereichen Photovoltaik und Wasserkraft. Ich bin für die Offenheit zwischen allen neuartigen, regenerativen Energieträgern. Windkraft ist ein elementarer Bestandteil der Energiewende und kann nur glücken, wenn die Akzeptanz bei den Bürgern gegeben ist. Wir halten daher an der 10H- Abstandsregel fest. Wenn die Bürger wünschen, kann konkret abgewichen werden. Unser Ziel ist, bis 2030 über 1.000 neue Windräder zu bauen. Wenn absehbar ist, dass das Ziel nicht erreicht werden kann, werden wir über weitere Erleichterungen für den Bau diskutieren und entscheiden müssen. Wasserkraft wird in meinen Augen nur unzureichend genutzt. Daher ist ein weiterer Ausbau der Wasserkraft in Augsburg zu prüfen.</p>	<p>Keine Antwort</p>	<p>Als FREIE WÄHLER sind wir davon überzeugt, dass die Energiewende nur durch einen Mix an erneuerbaren Energien funktionieren kann. Diese müssen dezentral produziert und so eine regionale Versorgung sichergestellt werden. Wir halten die ideologische Energiepolitik der Ampelregierung, die technologieoffene Ansätze verhindert, daher für schädlich. Wir müssen die Scheuklappen abnehmen, um die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte effektiv und im fachübergreifenden Dialog anzugehen. Augsburg hat eine riesige Chance beim Aufbau der Wasserstoffwirtschaft, dieses Potenzial muss unbedingt genutzt werden. Auch die Windkraft sollte m. E. weiterausgebaut werden, hier hat sich die CSU leider (viel zu lange) dagegengestellt. Zudem sollten auch weitete PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden installiert werden.</p>	<p>Gemeinsam mit dem Umland müssen wir Windkraftprojekte voranbringen. Auf rein städtischem Gebiet ist das leider schwierig, dafür gibt es aber Waldgebiete im Besitz der Stadt Augsburg, die für eine Umsetzung in Frage kämen. Bayernweit brauchen wir mehr Wind-Vorranggebiete (2% der Landesfläche), die Regionalen Planungsverbände müssen hier nun schnell vorankommen. Bei der PV müssen wir vor allem die Potentiale der Dachflächen noch deutlich stärker heben, die Realisierung von PV-Anlagen deutlich einfacher machen und z.B. auch kleine und einfache Lösungen wie Balkonkraftwerke fördern und vereinfachen. Eine schriftliche Anfrage von mir hat gezeigt, dass erst 30% der staatlichen Dachflächen in Augsburg mit einer PV-Anlage belegt sind. Hier gibt es also noch viel Potential auch im Stadtgebiet Erneuerbare auszubauen.</p>	<p>Keine Antwort</p>

	Wie möchten Sie es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen aktiver Teil der Energiewende zu sein?	Wenn die Bürger Projekte zur Energiewende regional befürworten, dann müssen diese möglichst schnell und unbürokratisch umsetzbar sein. Dazu zählt für mich insbesondere der Bürokratieabbau. Ferner wollen wir Bürgerenergieprojekte unterstützen. Dies nicht nur ideell, sondern auch klar finanziell.	Keine Antwort	Mit der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms hat der Bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger erstmals umweltpolitische Ziele in den Fokus der bayerischen Gesamtplanung gerückt. Auf Grund dieser Planung werden die Regional und Einzelpläne nunmehr angepasst, um unter anderem auch das 5 ha-Ziel zu erreichen. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass die Planung aber neben dem Umweltschutz auch immer den Erhalt der wirtschaftlichen Lebensstrukturen für Bayern sicherstellen muss. Es handelt sich mitunter um einen Drahtseilakt, den Bayern und die regionalen Planungsverbände vollziehen müssen. Ich bin ein große Fan von genossenschaftlichen Modellen, dadurch können sich die BürgerInnen beteiligen und das Gemeinwohl gewinnt.	Förderung von PV-Balkonkraftwerken, Unterstützung bei Eigen-PV auf dem Dach, Beteiligungsmöglichkeit an Energie-Genossenschaften, die durch die Kommune gegründet und angestoßen werden. Beratung und Förderung von reinen Bürger-Energiegenossenschaften.	Keine Antwort
Flächenfraß	Wie wollen Sie das von CSU/FW formulierte Ziel der Flächenversiegelung von max. 5 ha pro Tag konkret umsetzen?	Flächen sparen ist mir persönlich ein wichtiges Anliegen. Es ist daher das Ziel, den Flächenverbrauch weiter zu reduzieren. Hierfür sehe ich es als dringend geboten an, unser Leerstandsmanagement zu verbessern. Wir versuchen aktuell, das Ziel von 5 Hektar pro Tag durch Freiwilligkeit zu erreichen. Wenn das Ziel in den nächsten Jahren nicht erreicht werden kann, müssen wir auch über konkrete Höchstgrenzen diskutieren und darüber entscheiden. Um dies zu vermeiden, arbeiten wir an praktikablen Lösungen. Für mich gilt immer der Grundsatz Anreize statt Verbote und Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht. Erst wenn dies ins Leere läuft, können wir über Verbote diskutieren.	Keine Antwort	Mit der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms hat der Bayerische Wirtschaftsminister Huber Aiwanger erstmals umweltpolitische Ziele in den Fokus der bayerischen Gesamtplanung gerückt. Auf Grund dieser Planung werden die Regional und Einzelpläne nunmehr angepasst, um unter anderem auch das 5 ha-Ziel zu erreichen. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass die Planung aber neben dem Umweltschutz auch immer den Erhalt der wirtschaftlichen Lebensstrukturen für Bayern sicherstellen muss. Es handelt sich mitunter um einen Drahtseilakt, den Bayern und die regionalen Planungsverbände vollziehen müssen.	Das Ziel von 5ha pro Tag Flächenverbrauch hat die Söder-Regierung krachend verfehlt, weil es nur eine unverbindliche Zielgröße ist. Ich möchte analog zum Volksbegehren Flächensparen ein entsprechendes Gesetz verabschieden, dass den maximalen Flächenverbrauch verbindlich regelt. Die Kommunen brauchen klare Vorgaben, denn hier findet der Flächenverbrauch ungebremst weiter statt. Wir haben noch in der letzten Sitzung der aktuellen Legislaturperiode einen weiteren Versuch für ein Flächenspar-Gesetz gemacht. Leider wurde unser Entwurf wieder von der Mehrheit des Landtages abgelehnt.	Keine Antwort
Bauen & Wohnen	Sind Sie für ein Verbot von Schottergärten und versiegelter Fläche?	Wir alle wünschen uns von der Landwirtschaft große Leistungen zum Erhalt der Biodiversität. Dies ist auch grundsätzlich zu begrüßen. Wichtig ist mir aber in dem Fall, dass auch der Privatmann und das Gewerbe etwas für die Biodiversität tut. Daher sehe ich, auch wenn meine Partei es möglicherweise nicht ganz gleich bewertet, Schottergärten und versiegelte Flächen als kontraproduktiv an. Ich stehe einem Verbot neuer Schottergärten daher positiv gegenüber.	Keine Antwort	Als FREIE WÄHLER sind wir tief in der bayerischen Kultur und Tradition verwurzelt. Wichtiger Teil des ländlichen bayerischen Lebens ist das Leben in und mit der Natur. Grünflächen und Gärten sind das Sinnbild des erdverbundenen produktiven Bayern, der seiner bereits in der Bibel angelegten Verantwortung für Natur und Tierwelt gerecht wird. Wir sprechen uns daher nicht nur gegen die Versiegelung von Gartenflächen aus, sondern auch gegen eine übertriebene „Zivilisierung“ dieser Flächen. Unsere Gärten sollten Anbaufläche und Rückzugsort für uns und die Natur sein.	Viele Kommunen schreiten voran und erheben Gebühren, die Eigentümerinnen und Eigentümer schon jetzt zum Umdenken bewegen. Grüne Vorgärten tragen erheblich zu einem besseren Mikroklima bei und sind die billigste Klimaanlage. Kommunen müssen ihre Bürger*innen besser über die einfache und bienenfreundliche Gestaltung eines Vorgartens informieren. Ich persönlich kann mir auch vorstellen entsprechende Gestaltungssatzungen zu erlassen, die Schotter und Versiegelung in Vorgärten untersagen. Die Überhitzung der Städte nimmt weiterhin stark zu. Nur unversiegelte Grünflächen können dem effektiv entgegenwirken.	Keine Antwort

Landwirtschaft & Gentechnik	Wie setzen Sie das Ziel von 30 % Ökolandbau in Stadt und Landkreis um?	<p>Auch hier gilt für mich zunächst der Grundsatz Anreize statt Verbote. Um das Ziel erreichen zu können, müssen die Bürgerinnen und Bürger verstehen, warum ökologischer Landbau zu begrüßen ist und welcher Preis dafür zu bezahlen ist. Nur wo eine entsprechende Nachfrage seitens des Konsumenten besteht, kann auch das Angebot geschaffen werden.</p> <p>Staatliche Kantinen nehmen eine Vorbildfunktion ein. Ich setze daher darauf, dass durch die Verwendung ökologisch erzeugter Produkte etwas mehr Bewusstsein in der Bevölkerung für die Vorteile des regionalen Ökolandbaus geschaffen wird. Gleichzeitig gilt es, Biolandwirtschaft und konventionelle Produkte nicht gegeneinander auszuspielen.</p>	Keine Antwort	<p>Auch dieses Ziel setzen wir landesweit um, hier sind wir auf einem sehr guten Weg. Wir setzen dabei vor allem auf die Freiwilligkeit der Landwirte. Bayern ist bereits jetzt Vorreiter im Ökolandbau, wir werden den Anteil jedoch noch weiter ausbauen. Der Ausbau des Ökolandbaus darf aber nicht an den Bedürfnissen und Wünschen der Kunden vorbeigehen, ansonsten wird es scheitern.</p>	<p>n dem wir vor allem die Nachfrage nach Bio drastisch steigern. Die Staatsregierung und ihre Einrichtungen müssen den Anfang machen und auch in Schulen und Kantinen auf biologisch erzeugte Lebensmittel umstellen – so wie es die Stadt Augsburg schon in großen Teilen getan hat. Damit garantieren sie den Erzeugern eine gewisse Abnahmemenge und werben gleichzeitig für Bio. Viele Menschen kaufen zwar für daheim Bio-Lebensmittel. Aber in der Außer-Haus-Verpflegung liegt der Bio-Anteil bei gerade mal 1%. Natürlich müssen auch die Leistungen für Nachhaltigkeit und die Ökosysteme, die der Ökolandbau leistet, besser honoriert werden.</p>	Keine Antwort
	Sind Sie für eine Fortführung der Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln, die mit Hilfe von Gentechnik (Crispr/Cas) hergestellt wurden?	<p>Gentechnisch veränderte Produkte lehne ich grundsätzlich ab. Die Kennzeichnungspflicht ist das notwendige Mindestmaß, die der Verbraucher erwarten kann, wenn gentechnische Veränderungen erfolgt ist.</p>	Keine Antwort	Ja	<p>Ja. Verbraucher*innen sollen und müssen gut informierte Entscheidungen treffen. Dafür ist eine Kennzeichnungspflicht die Voraussetzung.</p>	Keine Antwort